

Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie werden gebeten, eine Bewerbung abzugeben. Die in den beiliegenden Vergabe- und Vertragsunterlagen beschriebene Lieferung soll gemäß UVgO in einer Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb vergeben werden.

| | | |
|----|---|--|
| 1. | In offener Stellvertretung des/der Auftraggeber | Johannesstift Diakonie Services GmbH (JDS) Service Center Einkauf und Logistik (SCEuL) Siemensdamm 50 13629 Berlin |
| 2. | Auskunft über Vergabe- / Vertragsunterlagen | Die JDS (SCEuL) ist beauftragt, alle Liefer- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem zentralen Einkauf für die betreuten Einrichtungen zu erbringen. Dies umfasst insbesondere die Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren / Ausschreibungen bis zur Zuschlagserteilung / Auftragsvergabe. |

Es gelten die bereitgestellten Vergabeunterlagen und Fristen.

Mit freundlichen Grüßen

Strategischer Einkauf / Investitionen
Johannesstift Diakonie Services GmbH
SC Einkauf und Logistik (SCEuL)

Bedingungen zum Vergabeverfahren

Lieferung, Montage und Inbetriebnahme von einer AEMP (Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte)

Vergabenummer: 2026_JDS_03

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------|---|----|
| 1. | Einleitung und Gegenstand der Ausschreibung..... | 3 |
| 1.1. | Ausführungszeitraum | 3 |
| 2. | Projektbeschreibung..... | 3 |
| 2.1. | Zeitlicher Ablauf des Vergabeverfahrens | 3 |
| 2.2. | Form- und Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrag | 4 |
| 2.3. | Form- und Frist für die Angebotsabgabe (Termine ist unter Vorbehalt)..... | 4 |
| 2.4. | Adresse/Kontakt | 4 |
| 2.5. | Bezugsberechtigte Einrichtungen | 4 |
| 2.6. | Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme | 5 |
| 2.7. | Vergütung / Kostenerstattung..... | 5 |
| 2.8. | Neben- / Alternativangebote | 5 |
| 3. | Leistungsverzeichnis | 5 |
| 3.1. | Hinweise zum Ausfüllen des Leistungsverzeichnisses | 6 |
| 4. | Mindestbedingungen | 6 |
| 5. | Wertungskriterien | 6 |
| 5.1. | Bewertung Preis | 6 |
| 5.2. | Bewertung Funktionalität | 6 |
| 5.3. | Wertungszahl..... | 6 |
| 6. | Wertungskriterien für Nebenangebote | 6 |
| 6.1. | Bewertung Preis | 7 |
| 6.2. | Bewertung Funktionalität | 7 |
| 6.3. | Bewertung Gerätekonzept | 7 |
| 6.4. | Wertungszahl..... | 7 |
| 7. | Weiterführende Information | 7 |
| 7.1. | Bieterportal | 7 |
| 7.2. | Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen | 7 |
| 7.3. | Kommunikation innerhalb des Verfahrens, Vollständigkeit und Aktualität der Unterlagen, Unklarheiten | 7 |
| 7.4. | Nachprüfverfahren | 8 |
| 7.5. | Datenschutz | 8 |
| 7.6. | Bewerber-/Bietergemeinschaft | 8 |
| 7.7. | Nachunternehmer (Unteraufträge)/Eignungsleihe (gem. §§ 47 VgV/34 UVgO) | 8 |
| 7.8. | Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen..... | 9 |
| 8. | Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) und technische Vertragsbedingungen | 9 |
| 8.1. | Allgemeines | 9 |
| 8.2. | Allgemeine Angebotsbedingungen..... | 9 |
| 8.3. | Liefermodalitäten | 10 |
| 8.4. | Konditionen | 10 |
| 8.5. | Auftragsabwicklung und Rechnungslegung | 10 |
| 8.6. | Gewährleistung/ Schadensersatz/ Haftung/ Verzug | 10 |
| 8.7. | Rechtsnachfolge | 11 |
| 8.8. | Schriftform, Nebenabreden..... | 11 |

1. Einleitung und Gegenstand der Ausschreibung

Die Johannesstift Diakonie Services GmbH (JD Services) führt ein Vergabeverfahren für die Lieferung, Montage und Inbetriebnahme von einer AEMP (Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte) durch. Sie werden gebeten, ein Angebot abzugeben. Die in den beiliegenden Vergabe- und Vertragsunterlagen beschriebene Liefer- und Dienstleistung soll gemäß UVgO in einer Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb vergeben werden. Die Rahmenbedingungen und Anforderungen entnehmen Sie bitte den folgenden Seiten und beigefügten Unterlagen.

1.1. Ausführungszeitraum

Die Ausführung der ausgeschriebenen Liefer- und Leistungen erfolgt nach Zuschlagserteilung. Die maßgeblichen Ausführungsfristen sowie die einzelnen Leistungstermine ergeben sich aus dem als Bestandteil der Vergabeunterlagen beigefügten Projektplan. Der Projektplan ist verbindlicher Bestandteil der Ausschreibung und bei der Leistungserbringung einzuhalten.

2. Projektbeschreibung

Die Gesamtleistung wird in folgende Lose aufgeteilt:

- Los 1 Lieferung, Montage und Inbetriebnahme von Reinigungs- und Desinfektionsgeräte
- Los 2 Lieferung, Montage und Inbetriebnahme von Sterilisatoren

Bieter können Angebote für ein einzelnes Los oder für beide Lose einreichen.

Für die in den Vergabeunterlagen als optional / Bedarfsposition gekennzeichneten Leistungen sind Preise anzugeben. Die Preisangaben werden im Rahmen der Angebotswertung berücksichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, die optionalen Leistungen ganz, teilweise oder nicht zu beauftragen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung oder Abnahme der optionalen Leistungen / Bedarfsposition besteht nicht. Wird die optional / Bedarfsposition erst nach Ablauf von zwei Jahren ab Zuschlagserteilung abgerufen, kann im beiderseitigen Einvernehmen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer eine Anpassung der vereinbarten Preise erfolgen, soweit der Auftragnehmer seit Zuschlagserteilung eingetretene Kostensteigerungen nachvollziehbar nachweist. Die Preisanpassung darf die tatsächlich nachgewiesenen Kostensteigerungen nicht überschreiten.

2.1. Zeitlicher Ablauf des Vergabeverfahrens

| | |
|---|-----------------------|
| Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen während Teilnahmewettbewerb | 08.07.2026 |
| Beantwortung rechtzeitig eingegangener Aufklärungsfragen bis | 07.07.2026 |
| Frist für den Antrag auf Teilnahme | 17.07.2026, 13:00 Uhr |

Nachstehend aufgeführte Termine sind unter Vorbehalt:

| | |
|--|---|
| Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe | 24.07.2026 |
| Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen zum Angebotsinhalt | 30.07.2026 |
| Beantwortung rechtzeitig eingegangener Aufklärungsfragen bis | 03.08.2026 |
| Angebotsfrist/-öffnung | 07.08.2026, 13:00 Uhr |
| 1. Verhandlung und Präsentation Konzept | 28.08.2026 |
| 2. Verhandlung | 15.09.2026 |
| Last Call für Schlussangebote | behält sich der Auftraggeber vor und teilt der Auftraggeber mit |
| Zuschlags- / Bindefrist: | 15.10.2026 |

Sofern erforderlich, werden mehrere Verhandlungsrunden mit dem Bieter durchgeführt. Es werden maximal vier Verhandlungsrunden geführt. Zur Abgabe eines abschließenden Angebotes wird dementsprechend aufgefordert, jedoch behält sich der Auftraggeber vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu vergeben.

2.2. Form- und Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrag

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages ist der folgende Abgabetermin zwingend einzuhalten:

17.07.2026, 13:00 Uhr

Für die Abgabe des Teilnahmeantrages sind die beigefügten Formblätter zu verwenden. Nachforderungen werden vorbehalten. Nachgeforderte Unterlagen sind in der Regel innerhalb von 3 Werktagen einzureichen. Werden die Unterlagen nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachgereicht, ist der Teilnahmeantrag zwingend auszuschließen. Die Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen. Es ist elektronisch über <https://dtvp.de/> einzureichen. Es ist keine Zusatzsoftware und keine Signatur erforderlich. Besteht aus Sicht des Bieters zwingender Änderungsbedarf, da z.B. die vorgegebene Ausführung nicht realisierbar ist, so ist auf diese Änderungsnotwendigkeit vor Angebotsabgabe mittels einer Bieterfrage hinzuweisen. Bieter dürfen keine eigenen AGB beifügen.

2.3. Form- und Frist für die Angebotsabgabe (Termine ist unter Vorbehalt)

Bei der Abgabe der Angebote ist der folgende Abgabetermin zwingend einzuhalten:

07.08.2026, 13:00 Uhr

Für die Angebotserstellung sind die beigefügten Formblätter zu verwenden. Nachforderungen werden vorbehalten. Nachgeforderte Unterlagen sind in der Regel innerhalb von 3 Werktagen einzureichen. Werden die Unterlagen nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachgereicht, ist das Angebot zwingend auszuschließen. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Es ist elektronisch über <https://dtvp.de/> einzureichen. Es ist keine Zusatzsoftware und keine Signatur erforderlich. Besteht aus Sicht des Bieters zwingender Änderungsbedarf, da z.B. die vorgegebene Ausführung nicht realisierbar ist, so ist auf diese Änderungsnotwendigkeit vor Angebotsabgabe mittels einer Bieterfrage hinzuweisen. Bieter dürfen keine eigenen AGB beifügen.

2.4. Adresse/Kontakt

Johannesstift Diakonie Services GmbH
- Service Center Einkauf und Logistik (SCEuL) -
Siemensdamm 50
13629 Berlin

2.5. Bezugsberechtigte Einrichtungen

Einzelaufträge aus der zu schließenden Vereinbarung abzurufen sind die folgenden Einrichtungen und Gesellschaften:

- Johannesstift Diakonie gAG
Siemensdamm 50, 13629 Berlin
- Johannesstift Diakonie Services GmbH
Siemensdamm 50, 13629 Berlin
- Evangelisches Waldkrankenhaus Spandau
Stadtrandstr. 555, 13589 Berlin
- Martin-Luther-Krankenhaus
Caspar-Theyßstr. 27-31, 14193 Berlin
- Evangelische Elisabeth-Klinik
Lützowstr. 24-26, 10785 Berlin
- Evangelische Lungenklinik
Lindenberger Weg 27, 13125 Berlin
- Evangelisches Klinikum Berlin Südwest gGmbH

Spanische Allee 10-14, 14129 Berlin

- Evangelisches Johannesstift Wichernkrankenhaus
Schönwalder Allee 26, 13587 Berlin
- Evangelisches Geriatriezentrum Berlin
Reinickendorfer Str. 61, 13347 Berlin

Weitere Einrichtungen und Gesellschaften können hinzukommen und werden dem Auftragnehmer entsprechend bekannt gegeben.

2.6. Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme

Angebote können bis zum Abgabetermin schriftlich berichtigt, geändert oder zurückgezogen werden. Änderungen oder Ergänzungen von Angeboten, die nach Ablauf der genannten Frist bei der ausschreibenden Stelle eingehen, werden nicht berücksichtigt. Soweit der Bieter Änderungen in seinen Unterlagen vorgenommen hat, müssen diese zweifelsfrei und als solche erkennbar sein.

2.7. Vergütung / Kostenerstattung

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren werden keine Kosten erstattet.

2.8. Neben- / Alternativangebote

Ein alternatives technisches Gerätekonzept ist als Nebenangebot zugelassen

Das alternative technische Gerätekonzept ist in einer Präsentation darzustellen. Wichtig sind der Johannesstift Diakonie Services:

- Technische Gerätekonzepte, die dem Personal Verbesserungen in ihrem Arbeitsprozess ermöglichen
- Platzsparende Gerätekomponenten, die die Raumverhältnisse optimal nutzen
- Ressourcenschonende Geräte und Geräteeigenschaften, um die Nachhaltigkeit der Abteilung zu verbessern.
- Eine standardisierte Arbeitsweise im unreinen und reinen Arbeitsbereich
- Eine möglichst große Standardisierung bei den RDG-Beschickungswagen, um Lagerplatz im unreinen und reinen Bereich zu sparen und die Arbeitsweise mit einer Automatisierung zu betreiben und zu optimieren

Bei der Vorstellung des alternativen Gerätekonzeptes sind alle entsprechenden Vorteile, sofern vorhanden, darzustellen.

Bei der Installation der neuen Geräte sind folgende Bedingungen zu beachten:

- Zur Aufstellung der ausgeschriebenen Komponenten für Reinigung und Desinfektion einschließlich der Rückführungsschleuse steht nur eine begrenzte Aufstellungsbreite aufgrund der baulichen Situation zur Verfügung, siehe beigefügten Grundriss.
- Das Gleiche gilt für die Aufstellung der Sterilisatoren, siehe beigefügten Grundriss.
- Für die neue Aufstellungssituation aller Geräte und Tischanlagen sind Zeichnungen mit Entwurfscharakter anzufügen.
- Die Einbringungssituation der Geräte innerhalb des Gebäudes ist zu berücksichtigen
- Die Medienverbräuche für das alternative Gerätekonzept sind anzugeben und werden für die Bewertung über einen Zeitraum von 10 Jahren und den tatsächlichen Kosten je Einheit vor Ort kostenmäßig ermittelt, siehe Position Medien-Betriebskosten im Leistungsverzeichnis.

Der Bieter hat in seinem Konzept der Johannesstift Diakonie Services notwendige Forderungen hinsichtlich bauseitigen oder technische Gebäudeausrüstung seitigen Maßnahmen darzustellen.

3. Leistungsverzeichnis

3.1. Hinweise zum Ausfüllen des Leistungsverzeichnisses

Alle Einzelartikel sind in die Anlage zum Leistungsverzeichnis zwingend einzutragen.

Alle Angaben sind in deutscher Sprache zu machen.

Zur Verbesserung der Eindeutigkeit und um Interpretationsprobleme bei der Bearbeitung und Auswertung des Leistungsverzeichnisses (LV) zu vermeiden, dürfen Formatierung und Layout nicht verändert werden!

Im LV ist der netto Angebotspreis und der gültige Mehrwertsteuer einzutragen. Der geht in die Bewertung ein.

4. Mindestbedingungen

Um an der Ausschreibung teilnehmen zu können, müssen die Bieter die im Leistungsverzeichnis genannten Mindestbedingungen (Muss-Kriterien) erfüllen. Jedes einzelne Los muss komplett angeboten werden. Wird nicht jede Position eines Loses angeboten, wird der Bieter von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

5. Wertungskriterien

Der Zuschlag wird, unter Berücksichtigung der nachfolgenden Kriterien, auf das wirtschaftlichste Angebot je Los erteilt. Die Summe der Gewichtung aller Zuschlagskriterien beträgt 100 %. Die Gewichtung der Kriterien ist für alle Lose gleich.

| Kriterien | Gewichtung |
|--------------------------------------|------------|
| Angebotssumme Brutto lt. LV | 60% |
| Funktionalität lt. Leistungspunkt LV | 40% |

5.1. Bewertung Preis

Gewertet wird der angebotene Bruttopreis aus dem LV.

Der Bieter mit dem günstigsten Preis (Wert pA) erhält 60 Punkte.

Die Punkte der weiteren Bieter (Wert pB, pC, pD usw.) werden wie folgt ermittelt: $\text{Bieter B} = \text{Wert pA} / \text{Wert Bieter pB} \times 100$

Der erreichte Punktwert der Bieter (Rundung bis zur zweiten Nachkommastelle) werden dann mit der Gewichtung multipliziert.

5.2. Bewertung Funktionalität

Gewertet werden die Leistungspunkte aus dem Kriterienkatalog des LV.

Der Bieter mit der höchsten Punktzahl (Wert IA) erhält 40 Punkte.

Die Punktwerte der anderen Bieter (Wert IB, IC, ID usw.) werden umgekehrt proportional nach der folgenden Formel bewertet: $\text{Punkte des Bieters B} = \text{Wert IB} / \text{Wert IA} \times 100$

Der erreichte Punktwert (Rundung bis zur zweiten Nachkommastelle) wird dann mit der Gewichtung multipliziert.

5.3. Wertungszahl

Addition der einzelnen Punktwerte aus den o. g. Bewertungen. Maximal kann eine Wertungszahl von 100 erreicht werden. Der erstplatzierte Bieter mit der höchsten Wertungszahl erhält den Zuschlag.

6. Wertungskriterien für Nebenangebote

Der Zuschlag auf das Nebenangebot wird, unter Berücksichtigung der nachfolgenden Kriterien, auf das wirtschaftlichste Angebot je Los erteilt. Die Summe der Gewichtung aller Zuschlagskriterien beträgt 100 %. Die Gewichtung der Kriterien ist für alle Lose gleich.

| Kriterien | Gewichtung |
|---|------------|
| Angebotssumme Brutto alternatives Gerätekonzept | 60% |
| Funktionalität lt. Leistungspunkt LV | 20% |
| alternatives Gerätekonzept | 20% |

6.1. Bewertung Preis

Gewertet wird der angebotene Bruttopreis \wedge aus dem LV.

Der Bieter mit dem günstigsten Preis (Wert pA) erhält 60 Punkte.

Die Punkte der weiteren Bieter (Wert pB, pC, pD usw.) werden wie folgt ermittelt: $\text{Bieter B} = \text{Wert pA} / \text{Wert Bieter pB} \times 100$

Der erreichte Punktwert der Bieter (Rundung bis zur zweiten Nachkommastelle) werden dann mit der Gewichtung multipliziert.

6.2. Bewertung Funktionalität

Gewertet werden die Leistungspunkte aus dem Kriterienkatalog des LV.

Der Bieter mit der höchsten Punktzahl (Wert IA) erhält 20 Punkte.

Die Punktwerte der anderen Bieter (Wert IB, IC, ID usw.) werden umgekehrt proportional nach der folgenden Formel bewertet: $\text{Punkte des Bieters B} = \text{Wert IB} / \text{Wert IA} \times 100$

Der erreichte Punktwert (Rundung bis zur zweiten Nachkommastelle) wird dann mit der Gewichtung multipliziert.

6.3. Bewertung Gerätekonzept

Gewertet wird das Gerätekonzept zur Maßnahmenumsetzung.

Der Bieter mit aussagekräftigsten dem erhält 20 Punkte.

Die Punkte der weiteren Bieter (Wert KB, KC, pD usw.) werden wie folgt ermittelt: $\text{Bieter B} = \text{Wert KA} / \text{Wert Bieter KB} \times 100$

Der erreichte Punktwert der Bieter (Rundung bis zur zweiten Nachkommastelle) werden dann mit der Gewichtung multipliziert.

6.4. Wertungszahl

Addition der einzelnen Punktwerte aus den o. g. Bewertungen. Maximal kann eine Wertungszahl von 100 erreicht werden. Ein Nebenangebot kommt für den Zuschlag in Betracht, wenn es die vorgegebenen Mindestanforderungen erfüllt und im Vergabeverfahren besser bewertet wird als die Hauptangebote.

7. Weiterführende Information

7.1. Bieterportal

Das Vergabeverfahren wird elektronisch in der vollständig webbasierten E-Vergabeplattform DTVP durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar <https://dtvp.de/>. Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabeplattform als Datei-Downloads bereitgestellt.

Es ist keine Zusatzsoftware und keine digitale Signatur erforderlich. Die Unterschrift ist in Textform (§ 126b BGB) abzugeben. Die zu übermittelnden Unterlagen und Formulare müssen dementsprechend unterschrieben werden.

7.2. Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Jede Veröffentlichung und Weitergabe an Dritte (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der vergabenden Stelle nicht statthaft. Die Bewerber bzw. Bieter verpflichten sich zur Wahrung des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses des Auftraggebers, welche er innerhalb des Ausschreibungsverfahrens erlangt.

7.3. Kommunikation innerhalb des Verfahrens, Vollständigkeit und Aktualität der Unterlagen, Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, so hat es unverzüglich und vor Angebotsabgabe über <https://dtvp.de/> darauf hinzuweisen. Während des Vergabeverfahrens werden über <https://dtvp.de/> ggf. Antworten auf Bieterfragen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen ver-

öffentlich. Daher empfehlen wir, dass beim Download der Vergabeunterlagen die Kontaktdaten hinterlassen werden. Dann werden Sie über Aktualisierungen per Mail informiert. Hinterlassen Sie Ihre Kontaktdaten nicht, müssen Sie eigenverantwortlich sicherstellen, dass die von Ihnen genutzten Vergabeunterlagen dem aktuellen Stand entsprechen und tragen das Risiko des Angebotsausschlusses. Dadurch, dass die Johannesstift Diakonie Services GmbH deutschlandweit tätig ist und die ausgeschriebene Leistung ggf. flächendeckend eingesetzt werden soll, ist es unabdingbar, dass die Ausschreibungskriterien aller Bundesländer zu tragen kommen und von den Bewerbern*innen / Teilnehmern innen anerkannt werden müssen. Im Rahmen der Prüfung der Teilnahmeanträge behält sich der Auftraggeber vor, nach Öffnung der Teilnahmeanträge bis zur Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen, Aufklärungsgespräche mit Bewerbern zu führen, um eventuelle Zweifel über ihre Eignung zu beseitigen. Verhandlungen sind im Teilnahmewettbewerb unzulässig.

7.4. Nachprüfverfahren

Die Wahl der Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb nach UVgO erfolgt freiwillig, daher ist der Rechtsweg zur Vergabekammer nicht eröffnet.

7.5. Datenschutz

Die JDS bzw. der Auftraggeber als verantwortliche Stelle im Sinne der DSGVO erhebt, speichert und verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Verantwortlicher im Sinne der datenschutzrechtlichen Bestimmungen finden Sie auf der Internetseite der JSD bzw. des Auftraggebers.

Auch nach Inkrafttreten der neuen Datenschutzbestimmungen weisen wir darauf hin, dass die zu den Referenzen erfragten Angaben zum Ansprechpartner mit dem Datenschutz in Einklang stehen und daher gemacht werden müssen. Daraus ergibt sich für Bieter ggf. die Notwendigkeit, bei den Auftraggebern der Referenzprojekte die Zustimmung zur Weitergabe von Kontaktdaten einzuholen.

7.6. Bewerber-/Bietergemeinschaft

Eine Bietergemeinschaft ist ein Zusammenschluss von mindestens zwei Unternehmen zur gemeinsamen Beteiligung an einer Ausschreibung. Im Zuschlagsfalle werden sämtliche Unternehmen Vertragspartner, müssen den Auftrag gemeinsam ausführen und haften gesamtschuldnerisch.

Mit dem Angebot ist der Bietergemeinschaft der Vordruck „Bietergemeinschaft“ ausgefüllt und unterzeichnet einzureichen. Ferner müssen mit dem Angebot die Eignungsnachweise und der Vordruck „Ausschlussgründe“ auch für jedes Unternehmen der Bietergemeinschaft eingereicht werden.

Es ist unzulässig, innerhalb eines Vergabeverfahrens sowohl als Mitglied einer Bietergemeinschaft als auch gleichzeitig als Einzelbieter aufzutreten. Gleiches gilt für den Fall, dass sich ein Unternehmen an verschiedenen Bietergemeinschaften in einem Verfahren beteiligt.

7.7. Nachunternehmer (Unteraufträge)/Eignungsleihe (gem. §§ 47 VgV/34 UVgO)

Beabsichtigt ein Anbieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen, so muss er mit seinem Angebot den Vordruck „Nachunternehmerverzeichnis“ vollständig ausgefüllt einreichen. Der Nachunternehmer wird nicht Vertragspartner des öffentlichen Auftraggebers. Der Anbieter haftet allein für sämtliche Verpflichtungen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, muss der Anbieter vor Zuschlagserteilung belegen, dass der Nachunternehmer tatsächlich für diesen Auftrag zur Verfügung steht (Vordruck Nachunternehmerverpflichtungserklärung). Ferner müssen für den Nachunternehmer dann auch sämtliche Eignungsnachweise erbracht und der Vordruck „Ausschlussgründe“ eingereicht werden.

Bedient sich der Bieter im Falle der Eignungsleihe der Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die berufliche Leistungsfähigkeit (insbesondere Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder einschlägige berufliche Erfahrungen) muss der Dritte die Leistungen erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Bedient sich der Bieter der Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Eignungsleihe) kann der Auftraggeber im Auftragsfall eine gesamtschuldnerische Haftung des Bieters und des Dritten, dessen Kapazitäten er sich bedient, verlangen.

7.8. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen (gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen GWB) sind nicht zulässig, insbesondere Verabredungen oder Empfehlungen über

- Gewinnaufschläge
- Gewinnbeteiligung
- die zu fordernden Preise
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen u.ä.
- Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, es sei denn, dass sie im Einzelfall nach Maßgabe des GWB ausnahmsweise zulässig sind
- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten.

8. Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) und technische Vertragsbedingungen

8.1. Allgemeines

(1) Für Lieferungen und Leistungen gelten die nachfolgenden Vertragsbedingungen.

(2) Der Verweis auf die zwingende Gültigkeit von Liefer-, Zahlungs- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers im Anschreiben oder beigefügten Angebotsausdrücken führt infolge der vorgenannten §§ unweigerlich zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren, da das Angebot somit die sachlichen Grundlagen der Ausschreibung verletzt. Es wird daher ausdrücklich gebeten, auf die Verwendung von Textbausteinen oder Vordrucken zu achten! Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil dieses Vergabeverfahrens. Selbst wenn der Auftraggeber auf ein Schreiben Bezug nimmt, das Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers oder eines Dritten enthält oder auf solche verweist, liegt darin kein Einverständnis mit der Geltung jener Geschäftsbedingungen.

(3) Es gelten unsere allgemeinen Einkaufsbedingungen.

(4) Abweichend von unseren Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten die nachstehenden Bestimmungen als vorrangig vereinbart.

(5) Auftraggeber*in wird weiterführend „AG“ genannt.

(6) Auftragnehmer*in wird weiterführend „AN“ genannt.

8.2. Allgemeine Angebotsbedingungen

Für die Auslegung der ausgeschriebenen Anlagen und Systeme gelten die aktuellen Rechtsvorschriften und anerkannten Normen sowie die gesonderten Anforderungen aus der Medical Device Regulation VO(EU) 2017/745, dem Medizinprodukte-Durchführungsgesetz und der Medizin-Produkte-Betreiberverordnung (MPBetreibV).

Alle Produkte und Komponenten entsprechen den Anforderungen der Europäischen Medizinprodukteverordnung (European Medical Device Regulation EU MDR). Dies ist durch eine CE-Konformitäts-Erklärung nachzuweisen. Vor Inbetriebnahme ist die elektrische Sicherheit aller Einzelgeräte, der gesamten Gerätekonfiguration und der Gerätekonfiguration inkl. IT-Verbindung entsprechend DIN 62353 durch den Lieferanten nachzuweisen. Darüber hinaus ist die Einhaltung der gültigen Normen nach EN 60601 ff gemäß Titel der ausgeschriebenen Produktgruppen durch das Zertifikat eines international anerkannten, unabhängigen Prüfinstituts nachzuweisen. Für Geräte mit Messfunktionen nach Anlage 2 lt. MPBetreibV sind ausschließlich kalibrierbare bzw. eichfähige Geräte zu liefern. Das Gesamtsystem ist, sofern notwendig, einer Risikoanalyse für kombinierte Medizinprodukte und erfüllt die strengen unterzogenen Anforderungen an die jeweilige Bauartzulassung und Konformitätserklärung. Weitere Kombination mit z.B. Infusionstechnik. Medizinprodukten Vorschriften des Strahlenschutz, der RÖV und weitere einschlägige Vorschriften für den Beschaffungsgegenstand werden berücksichtigt.

8.3. Liefermodalitäten

(1) Die Lieferung erfolgt nach Bedarf des Auftraggebers mittels Bestellungen durch den Einkauf.

8.4. Konditionen

(1) Die vereinbarten Konditionen gelten verbindlich.

(2) Zahlung innerhalb von 60 Tagen nach Eingang einer prüfbaren Rechnung

(3) Lieferung frei Verwendungsstelle

(4) Die Anlieferung, Installation und Einweisung ist mit dem verantwortlichen Ansprechpartner, gemäß offizieller Bestellung abzustimmen.

8.5. Auftragsabwicklung und Rechnungslegung

(1) Die Einzelheiten der Auftragsabwicklung (z.B. Bestellung, Lieferung, Rechnungslegung) des Auftraggebers sind nachstehend geregelt.

(2) Rechnungslegung nach Inbetriebnahme, terminierter Einweisung und Abnahme (Übergabe Protokoll)

(3) Vorauszahlungen oder Abschlagszahlungen werden nicht geleistet.

(4) Rechnungen sind unter Angabe der Bestellnummern an die in der Bestellung genannte Rechnungsanschrift per Mail zu schicken.

8.6. Gewährleistung/ Schadensersatz/ Haftung/ Verzug

(1) AN ist verpflichtet, AG und den dazugehörigen Einrichtungen, die Ware nebst Zubehör frei von Sach- und Rechtsmängeln zu verschaffen. Es gelten die gesetzlichen Regelungen.

(2) Vollzug des Gefahrenübergangs an AG ist nach Abnahme (Übergabe Protokoll).

(3) AN haftet für alle Schäden, die AG selbst, den Einrichtungen, ihrem Personal oder Dritten durch die Ausführung der Lieferungen und Leistungen entstehen, gleich ob die Schäden durch AN oder durch an der Durchführung dieses Auftrages beteiligten sonstigen Erfüllungsgehilfen des AN verursacht sind, nach den gesetzlichen Vorschriften.

(4) AN verpflichtet sich, einen Schaden, der AG selbst, oder den Einrichtungen aufgrund von Materialschäden entstanden ist, auszugleichen. Gegenstand der Ausgleichspflicht sind insbesondere Schäden, die AG oder den Einrichtungen wegen Revisionseingriffen, wegen Haftpflichtansprüchen von Patienten aufgrund gesetzlicher Vorschriften, entstanden sind.

(5) AN verpflichtet sich bei allen Rückrufen der vertriebenen Produkte den AG und die Einrichtungen umgehend in Schriftform darüber in Kenntnis zu setzen (auch wenn die Einrichtungen nicht direkt davon betroffen sind).

(6) Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen dem AG ungekürzt zu; in jedem Fall ist er berechtigt, vom AN nach seiner Wahl Mangelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache zu verlangen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Lieferung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

(7) Die Gewährleistungszeit beträgt 24 Monate, gerechnet ab Gefahrenübergang, es sei denn es ist etwas anderes vereinbart. Sie wird mit dem Zugang einer Mängelrüge des AG bis zur Behebung des Mangels durch den AN unterbrochen und beginnt nach der Behebung des Mangels erneut zu laufen.

(8) Soweit der AN für einen Produktschaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, den AG insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(9) Im Rahmen seiner Haftung für Schadensfälle im Sinne von Abs. (8) ist der AN auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen gemäß geltenden Vorschriften zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer vom AG durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird der AG den AN – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Unberührt bleiben sonstige gesetzliche Ansprüche.

(10) AN haftet für mittelbare und unvorhersehbare Schäden, Nutzungsausfall, entgangenen Gewinn und ausgebliebene Einsparungen.

(11) Der AN verpflichtet sich, eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in angemessener Höhe für jeden Personen- und Sachschäden zu unterhalten. Stehen AG weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

8.7. Rechtsnachfolge

AN ist verpflichtet dem AG jede Änderung, insbesondere die seiner Rechtsform, Firmenbezeichnung, Firmenanschrift oder Bankverbindung unaufgefordert mitzuteilen. Alle Rechte und Pflichten der Vertragsparteien gelten auch zu Gunsten oder zu Lasten etwaiger Rechtsnachfolger, d.h. die Vertragsparteien verpflichten sich, diese jeweiligen vertraglichen Verpflichtungen etwaigen Rechtsnachfolgern aufzuerlegen. AN haftet für die aus einer verspäteten oder unterlassenen Mitteilung entstandenen Nachteile.

8.8. Schriftform, Nebenabreden

Jede Änderung oder Ergänzung bedarf der Schriftform und muss als solche ausdrücklich bezeichnet werden. Das gilt auch für einen eventuellen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden gelten als nicht getroffen.